

Ökologie in der DDR Staatlicher Umweltschutz in der Ära Honecker*

Andreas Thüsing

Die 1989 unter dem Protest ihrer eigenen Bürger zusammengebrochene DDR genoss bereits in der Zeit ihres Bestehens den Ruf, einer der schlimmsten Umweltverschmutzer in Europa zu sein. Vor allem aus den 1970er und 1980er Jahren stammende Bilder vergifteter Gewässer, durch Tagebau devastierter Landschaften und riesiger Kaliabraumhalden sind bis heute gegenwärtig und bestimmen die Vorstellung von Ökologie im Arbeiter- und Bauern-Staat. Das sächsische Mölbis galt als das „dreckigste Dorf Europas“.¹ Südlich von Leipzig in unmittelbarer Nähe zu Espenhain gelegen, wurde es vom dortigen Braunkohlenveredelungswerk permanent in Rauch und Ruß gehüllt. Vor allem die Schwelgase führten dazu, dass die Bäume teilweise schon im Sommer ihr Laub verloren. Die dafür verantwortlichen Schwelöfen wurden erst im September 1990 endgültig stillgelegt.² Der Name Bitterfeld, gleichgesetzt mit der Chemischen Industrie der DDR, galt auch im Westen geradezu als Synonym für Umweltverschmutzung und -zerstörung.³

Republikweit empfand die Bevölkerung die extreme Luftverschmutzung als das gravierendste Umweltproblem. Die allgemein hohen Emissionen hatten ihre Ursache ganz wesentlich im extensiven Einsatz von Braunkohle sowohl für den Hausbrand als auch im industriellen Bereich, insbesondere zur Verstromung.⁴ In Espenhain wie in anderen braunkohleverarbeitenden Anlagen wurde

* Vgl. zum Folgenden allgemein auch Andreas Thüsing: Ökologie im Sozialismus. Staatlicher Umweltschutz in der DDR, in: Ronald Lambrecht/Ulf Morgenstern (Hg.): „Kräftig vorangetriebene Detailforschung“. Aufsätze für Ulrich von Hehl zum 65. Geburtstag. Leipzig u. a. 2012, S. 381–399.

1 Nina Grunenberg: Ein 68er in der DDR, in: Die Zeit, 30. August 1996 (http://www.zeit.de/1996/36/Ein_68er_der_DDR, Abruf: 18. Oktober 2012); zitiert nach <http://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%B6lbis> (Abruf: 18. Oktober 2012). In Mölbis lag die Lebenserwartung 1990 um sechs bis sieben Jahre unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt; vgl. Pilotprojekt für die Umwelt, in: Leipziger Tageblatt, 31. Januar 1991.

2 Ein trauriger Ruhm für Espenhain, in: Die Union, 1. September 1990.

3 Vgl. auch Simone Barck: Die Chiffre „Bitterfeld“. Eine kulturhistorische Annäherung im Dreierschritt, in: Dagmar Kift (Hg.): Arbeit, Kultur, Identität. Zur Transformation von Arbeitslandschaften in der Literatur. Tagungsband zum Symposium des Fritz-Hüser-Instituts und des LWL-Industriemuseums 23.–25. März 2006. Essen 2007, S. 135–154. Zur Gleichsetzung Bitterfelds mit der Chemischen Industrie der DDR Silke Fengler: Forschung und Entwicklung im „Skandal-Kombinat der DDR-Chemie“. Die Filmfabrik Wolfen, in: Technikgeschichte 79 (2012), S. 29–44.

4 ZK-Abt. Grundstoffindustrie, Informationen für das Politbüro des Zentralkomitees betr. Informationen über den Stand und die Entwicklung des Umweltschutzes in der DDR, 5. April 1972, in: Bundesarchiv (BArch) DK 5/1831, unpag.: „Die energetische Basis der DDR ist im wesentlichen die Braunkohle. Daraus resultiert eine hohe Inanspruchnahme

der Betrieb seit den späten 1950er Jahren auf Verschleiß der eingesetzten Maschinen gefahren, weil man vom unmittelbar bevorstehenden Wechsel auf Erdölnutzung ausging. Nachdem diese Erwartungen in der Ölkrise des Herbstes 1973 ihr Ende fanden, wurden die Anlagen weiterhin ohne jede Rücksicht auf die damit verbundenen Umweltbelastungen betrieben.⁵

Der Einsatz von Kernenergie unter Nutzung permanent veralteter und entsprechend risikobehafteter sowjetischer Technologie konnte mit einem maximalen Anteil von ca. zehn Prozent am gesamten Stromverbrauch die Abhängigkeit von der Braunkohle nie entscheidend verringern.⁶ Der Einsatz erneuerbarer Energien kam im Wesentlichen über Vorüberlegungen nicht hinaus.⁷ Die Stromknappheit blieb Zeit ihres Bestehens ein erhebliches Problem für die DDR.⁸

Zu diesen hausgemachten Problemen traten Umweltbelastungen aus den umliegenden sozialistischen Bruderstaaten (die auch von bundesdeutschem Gebiet erfolgten Luftemissionen können in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden). Die Elbe als größter Fluss der DDR kam bei Děčín (Tetschen) bereits hochgradig vor allem mit Zyanid vergiftet aus der ČSSR.⁹ Die Belastung der Luft von tschechoslowakischer Seite war derart hoch, dass seit den späten 1970er Jahren die Waldarbeiter im Süden der DDR, insbesondere im Erzgebirge, einen auch von den deutschen Behörden so bezeichneten „Giftzu-

land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen für den Tagebaubetrieb, eine hohe Belastung der Atmosphäre durch Staub und Schwefeldioxid. Zugleich ist ein erheblicher Ascheanfall zu verzeichnen.“

- 5 Zur Ölkrise vgl. nicht nur aus bundesdeutscher Sicht zuletzt Tim Schanetzky: Ölpreisschock 1973. Wendepunkt des wirtschaftspolitischen Denkens, in: Andreas Rödter (Hg.): Deutschland in der Welt. Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Göttingen 2010, S. 67–81; allgemein Jens Hohensee: Böswillige Erpressung oder bewußte Energiepolitik? Der Einsatz der Ölwanne 1973/74 aus arabischer Sicht, in: Ders. (Hg.): Energie, Politik, Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945. Stuttgart 1993, S. 153–176. Zu Erdöl- und -gasvorkommen auf dem Gebiet der DDR vgl., Wolfgang Rost/Olaf Hartmann: Erdöl und Erdgas in Ostdeutschland (1945 bis 1990), in: Olaf Hartmann u. a. (Hg.): Zur Geschichte der Geowissenschaften in der DDR (Schriftenreihe für Geowissenschaften 16). Ostklüne 2007, S. 255–267.
- 6 Wolfgang D. Müller: Geschichte der Kernenergie der Bundesrepublik Deutschland. 3: Geschichte der Kernenergie in der DDR. Kernforschung und Kerntechnik im Schatten des Sozialismus. Stuttgart 2001; Mike Reichert: Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad 1955–1990. St. Katharinen 1999.
- 7 Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Abt. Umweltschutz, an Ulrich Bergemann, Dresden, 6. Juli 1983, in: BArch DK 5/71, unpag.
- 8 Wilhelm Riesner: Wie die DDR gegen den Stromausfall kämpfte, in: FAZ, 2. Juli 2011 (<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/energie-wie-die-ddr-gegen-den-stromausfall-kaempfte-1656710.html>, Abruf: 2. November 2012).
- 9 Vor diesem Hintergrund kam es bereits wenige Tage nach der deutschen Wiedervereinigung am 8. Oktober 1990 zur Bildung der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe; BGBl. 1992 [!], S. 942.

schlag“ erhielten. Der größte Kurort der DDR, das sächsische Staatsbad Bad Elster, sah sich in seiner wirtschaftlichen Existenz bedroht, denn nicht nur Einwohner, sondern insbesondere auch Gäste klagten über unzumutbare Geruchsbelästigungen.¹⁰ Diese Beschwerden stießen bei den zuständigen deutschen Stellen durchaus auf Verständnis,¹¹ es wurde auch Besserung versprochen, ohne dass die Missstände jedoch irgendeine Milderung erfuhren. Die tschechoslowakische Seite verwies umgekehrt auf Emissionen, die ihren Ursprung in der DDR hätten und insbesondere das Sudetenland (tschechisch Sudety) hart trafen.¹² Gemeinsam traten Tschechoslowakei und DDR jedoch westlichen Berichten über die Umweltverschmutzungen entgegen und taten sie als diffamierende Propaganda ab. Gleichzeitig verwiesen sie auf die angeblich ungleich höhere Schadstoffbelastung in der Bundesrepublik, wobei die diesbezügliche Argumentation in sich peinlich widersprüchlich wirkt: Allein die Gesamtkonzentration an Schwefeldioxid, dem Hauptverursacher des Sauren Regens und damit des Waldsterbens, sei etwa auf dem Gebiet der Bundesrepublik ungleich höher, gleichzeitig der Gesamtausstoß der Bundesrepublik geringer als der der DDR mit dem deutlich kleineren Territorium.¹³

-
- 10 Schreiben des Wolfgang Faust, Annaberg-Buchholz, an den Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt, 7. April 1979, in: BArch DK 5/71, unpag. – Hans Reichelt (geb. 1925), DBD, 1950–März 1990 MdVK, 1953 und 1955–1963 Minister für Land- und Forstwirtschaft, 1971/72 stellv. Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, März 1972–November 1989 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 18. November 1989–11. Januar 1990 Minister für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Dezember 1989 als Mitglied des Präsidiums und stellv. Vorsitzender der DBD zurückgetreten, 1994 Vorsitzender der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH). – Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Abt. Umweltschutz, Information über das Ergebnis von Aussprachen mit Beschwerde führenden Betriebskollektiven aus Betrieben des Vogtlandes über Geruchsbelästigungen aus der ČSSR, 9. Mai 1979, in: BArch DK 5/71, unpag.
- 11 Schreiben des Ministeriums für Gesundheitswesen, Hauptabt. Hygiene und Staatliche Hygieneinspektion, an Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Abt. Umweltschutz, 4. Februar 1980, in: BArch DK 5/72, unpag.
- 12 Direktive für das Auftreten auf dem dreiseitigen Treffen der Stellvertreter der Vorsitzenden der Ministerräte der DDR, ČSSR und VRP [Volksrepublik Polen] zu Fragen des Umweltschutzes und der Wasserwirtschaft im Februar 1988 in der VRP, o. D., in: BArch DK 5/1546, unpag.
- 13 Schreiben der ZK-Abt. Forschung und Entwicklung, Pöschel, an Günter Mittag, 9. März 1983, in: SAPMO-BArch DY 30/2836, Bl. 1f. Demnach lag der Gesamtausstoß der Bundesrepublik bei 3,5 Mio. t, der der DDR bei ca. 4–5 Mio. t. Vgl. auch den in einer ADN-Information wiedergegebenen und im gleichen Vorgang abgelegten Artikel des dpa-Korrespondenten Claus Hoecker, Wirtschaftspolitik in der DDR vor Bewährungsprobe, o. D. (Februar 1983), in: SAPMO-BArch 30/2836, Bl. 8f. Demnach lag bereits seit Jahren in der DDR der durchschnittliche SO₂-Ausstoß pro Kopf bei 236 kg, während er in der Bundesrepublik (die zudem ihre gesetzlichen Emissionsobergrenzen immer weiter senkte) lediglich 58 kg betrug. – Günter Mittag (1926–1994), SED, 1953–1961 Leiter der ZK-Abt. Eisenbahnen, 1962–1973 und 1976–1989 ZK-Sekretär für Wirtschaft, 1976–1989

Schließlich kämpfte die DDR auch Zeit ihrer Existenz mit erheblichem Wassermangel, ohne dass dieses Problem in breiteren Bevölkerungskreisen als solches erkannt oder von Partei bzw. staatlichen Behörden deutlich thematisiert wurde – sieht man einmal von der Benennung des zuständigen Ressorts als Ministerium für Umweltschutz *und Wasserwirtschaft* ab. Das Territorium der DDR zählte zu den wasserärmsten Gebieten in Europa.¹⁴ Die Bundesrepublik etwa verfügte über mehr als die neunfache Wassermenge, jedem Bundesbürger stand viermal mehr Trinkwasser zur Verfügung als seinem ostdeutschen Landsmann.¹⁵ Die einzige Möglichkeit, dem Mangel zu begegnen, konnte ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Ressource sein, verbunden mit besonderen Anstrengungen im Bereich des Gewässerschutzes. Diese Anstrengungen wurden jedoch zugunsten des massiv forcierten Auf- und Ausbaus der Industrie bewusst stark vernachlässigt. Dabei konnten sich weder Wissenschaftler noch Partei- und Staatsfunktionäre auf Unkenntnis berufen, denn schon Anfang der 1970er Jahre bestand unter Experten Einigkeit darüber, dass die dauerhafte Versorgung von Bevölkerung und Industrie mit Trink- und Brauchwasser bereits mittelfristig auch ein schwerwiegendes Hemmnis in der wirtschaftlichen Entwicklung bedeuten würde. Bereits gegenwärtig werde das vorhandene Wasser bis zu viermal genutzt – Hans Reichelt, der zuständige Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, sprach sogar von einer fünfmaligen Nutzung –, wobei die Bereitstellung als Trinkwasser für die Bevölkerung durchaus nicht immer an erster Stelle erfolgte.¹⁶ Bis zum Untergang der

Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED, 1966–Oktober 1989 Mitglied des Politbüros, 1991 angeklagt. Verfahren aus gesundheitlichen Gründen nicht eröffnet, Rentner. Eine wissenschaftliche Biographie dieses einflussreichsten Wirtschaftsfunktionärs der DDR fehlt bislang. Zu seinem Machtbereich vgl. Rainer M. Lepsius: *Wirtschaftliche Entscheidungsstrukturen der DDR in den achtziger Jahren. Der „Bereich Mittag“ im Zentralkomitee der SED*, in: Hartmut Esser (Hg.): *Der Wandel nach der Wende. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik in Ostdeutschland*. Wiesbaden 2000, S. 29–39; eher populär: Carl-Heinz Janson: *Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte*. Düsseldorf u. a. 1991. Wichtig zu Mittag auch das einschlägige Repertorium des Bundesarchivs Bernd Schlüter (Bearb.): *Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Büro Günter Mittag 1962–1989*. Bestand DY 30 (Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs 81). Koblenz 2007.

- 14 Schreiben der Abt. Grundstoffindustrie, Wambutt, an Günter Mittag, 30. Oktober 1984, in: SAPMO-BArch DY 30/2836, Bl. 196f.; vgl. auch Christoph Bernhardt: *Zwischen Industrialismus und sanitärer Wohlfahrt. Umweltprobleme im Sozialismus am Beispiel der Wasserfrage in der DDR*, in: Torsten Meyer/Marcus Popplow (Hg.): *Technik, Arbeit und Umwelt in der Geschichte. Günter Bayerl zum 60. Geburtstag*. Münster 2006, S. 367–380.
- 15 Jörg Roesler: *Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR*. Erfurt 2006, S. 7.
- 16 ZK-Abt. Grundstoffindustrie, Informationen für das Politbüro des Zentralkomitees betr. Information über den Stand und die Entwicklung des Umweltschutzes in der DDR, 5. April 1972, in: BArch DK 5/1831, unpag.; Referat des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt zur Beratung des Präsidiums der Kammer für Technik, 21. September 1972, in: BArch DK 5/2428, unpag.

DDR änderte sich hieran kaum etwas; so flossen etwa die Abwässer des Raumes Zwenkau südlich von Leipzig noch bis 1991 weitgehend ungeklärt in die Elster und vergifteten das ursprünglich ausgesprochen fischreiche Gewässer.¹⁷ Auch im sogenannten Chemiedreieck Halle–Merseburg–Bitterfeld starben Gewässer durch die Einleitung von Schadstoffen.¹⁸ Flächendeckend standen viel zu wenige und zudem hoffnungslos veraltete Anlagen zur Verfügung, die überdies an ihren jeweiligen Standorten mit ihren Kapazitäten den deutlich gestiegenen Abwassermengen nicht gewachsen waren.¹⁹ Das Wasserwerk Grimma I erhielt erst 1991 eine Kohlefilteranlage und wurde schrittweise in seiner Kapazität ausgebaut.²⁰

Die seit der Gründung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften in den 1950er Jahren zunehmend industrialisierte Landwirtschaft benötigte einerseits immer größere Mengen an Brauchwasser, belastete andererseits die ohnehin spärlichen Wasserressourcen wie auch den Boden durch die übermäßige Verwendung verschiedener Kunstdünger. Insofern trifft Frank Uekötter den Kern des Problems: „Eine exzessive Nährstoffzufuhr war der chemieförmige Ersatz für defizitäre Wasserressourcen.“²¹

Tagebauseen bzw. bergbaubedingte Senkungsgebiete wie die Kulkwitzer Lachen – heute Naturschutzgebiet – sollten ohne ausreichenden Versickerungsschutz mit Hausmüll und Industrieasche verfüllt werden.²² Die vielfach

17 Gerd Barthel: Bald fließt sauberes Wasser in die Elster, in: Leipziger Volkszeitung, 29. November 1991.

18 Rainer Albrecht: Die Geschichte der ehemaligen Rieselfelder zur Entsorgung von Betriebsabwässern aus den Wolfener Agfa-Fabriken, in: Uwe Holz (Hg.): Zur Industriegeschichte der Bitterfelder Region. Bitterfeld 2009, S. 47–74. Allgemein zum Chemiedreieck Edgar Fischer: Tradition und High-Chem. Eine chlorreiche Geschichte im Raum Bitterfeld-Wolfen. Zur Industriegeschichte der Bitterfelder Region. Leipzig 2003.

19 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Reichelt an den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Müller, 9. Juli 1982, in: BArch DK 5/1981, unpag.; Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Reichelt an den Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Müller, 9. Juli 1985, in: BArch DK 5/1831, unpag.

20 Günther Gießler: Das Haar in Leipzigs Trinkwasser, in: Leipziger Volkszeitung, 1. Oktober 1991.

21 Frank Uekötter: Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft (Umwelt und Gesellschaft 1). Göttingen 2010, S. 436; kritisch zu Uekötters die Ökonomie vernachlässigendem Ansatz Roman Köster: Rezension von: Frank Uekötter: Die Wahrheit ist auf dem Feld. Eine Wissensgeschichte der deutschen Landwirtschaft. Göttingen 2010, in: sehpunkte 12 (2012) 3 (<http://www.sehpunkte.de/2012/03/17707.html>, Abruf: 28. November 2012). Zu den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften vgl. Klaus Schmidt: Landwirtschaft in der DDR. VEG, LPG und Kooperationen. Wie sie wurden, was sie waren, was aus ihnen geworden ist. Clenze 2009; Jürgen Knauss: Etappen der DDR-Landwirtschaftsgeschichte, in: Ders. (Hg.): Beiträge zur Agrargeographie und Landwirtschaftsgeschichte des historischen Mitteldeutschlands. Ein Sammelband. Blankenhain 2005, S. 147–157.

22 Justus Oertner: Kulkwitzer Lachen. Naturschutz am Rande der Großstadt, in: Leipziger Blätter 19 (1991), S. 64–67, hier S. 65f.

ebenfalls kaum gesicherten Hausmülldeponien konterkarierten jede noch so geringe Bemühung um den Grundwasserschutz. Gerade die Deponien bildeten und bilden bis heute ein besonders hartnäckiges und langfristiges Problem: Bereits im Sommer 1989 lagen etwa Pläne vor, die in unmittelbarer Nähe zum Naherholungsgebiet Dölitz gelegene, von 1940 bis 1986 betriebene Deponie an der Leipziger Leinestraße als „größtes Rekultivierungsobjekt der Republik“ zu sanieren.²³ Doch auch mehr als zwanzig Jahre später ist das Problem aktuell noch nicht umfassend behoben und befürchten die Anwohner weiterhin eine erhebliche Beeinträchtigung des Grundwassers.²⁴ Bis in die Gegenwart bestätigt sich die bereits 1996 geäußerte Vermutung, die Beseitigung der aus DDR-Zeiten herrührenden Umweltschäden sichere noch für lange Zeit etliche Arbeitsplätze.²⁵

Die wachsende Produktion in Landwirtschaft und Industrie wie auch die zunehmende Lebens- und Wohnqualität – vor allem im Zuge des ehrgeizigen Neubauprogramms seit Anfang der 1970er Jahre erhielten immer mehr Wohnungen eigene Bäder – erforderten immer größere Wassermengen.²⁶ Der fortschreitende Braunkohleabbau führte gleichzeitig zu einem stetigen Absinken des Grundwasserspiegels und somit zu einer weiteren Verknappung der kostbaren Ressource. Die Situation wurde auch außerhalb der DDR als existenzielle Bedrohung erkannt und war verschiedentlich Thema gemeinsamer Beratungen der Staaten des Warschauer Pakts.²⁷ 1987 tagte ein Internationales Symposium „Grundwasserüberwachung und -bewirtschaftung“ in Dresden.²⁸

*

Verschiedene Naturschutzgruppen machten lokale Umweltvernichtungen immer wieder zum öffentlichen Skandal, etwa den über die DDR hinaus bekann-

-
- 23 Wiedergeburt der Natur auf großer Kippe Leinestraße, in: Leipziger Volkszeitung, 5./6. August 1989.
- 24 Andreas Tappert: Deponie Leinestraße. Rekultivierung läuft, ebd., 27. November 2012.
- 25 Leonhard Kusek: Umweltarbeit, in: Leipziger Blätter 29 (1996), S. 26–29, hier S. 27.
- 26 In der Folge des Machtwechsels von Walter Ulbricht auf Erich Honecker beschloss die 10. Tagung des ZK der SED nach dem VIII. Parteitag am 2. Oktober 1973 ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm, in dessen Rahmen zahlreiche Plattenbausiedlungen – u. a. Halle-Neustadt, Jena-Neulobeda, Leipzig-Grünau – neu entstanden bzw. erheblich ausgebaut wurden. Vgl. Joachim Tesch: Der Wohnungsbau in der DDR 1971–1990. Ergebnisse und Defizite eines Programms in kontroversen Sichten. Berlin u. a. 2001; Christine Hanne-mann: Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. Braunschweig u. a. 1996. Zum letztlichem Misslingen des Programms zuletzt auch Tanja Scheffler: Dresden. Vom schnellen Scheitern der sozialistischen Städtebaukonzepte. Der Weg zurück zur historischen Stadt, in: Deutschland Archiv 45 (2012), S. 666–680.
- 27 Maßnahmeplan der Warschauer-Pakt-Staaten zur Sicherung der Wasserversorgung/Abwasserbehandlung anlässlich der Beratung des politisch-beratenden Ausschusses am 10. und 11. Dezember 1987, in: BArch DK 5/5096, unpag.
- 28 Ebd.

ten Silbersee bei Bitterfeld, geradezu Sinnbild des zerstörerischen Umgangs mit der Natur im SED-Staat,²⁹ oder den Uranbergbau der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut, deren Nachfolgerin, die Wismut GmbH, noch immer mit der Sanierung und Rekultivierung des Gebietes befasst ist.³⁰ Auch die Zerstörung ganzer Landschaften durch den grassierenden Tagebau und die existenzielle Bedrohung ganzer Ortschaften wie Zwenkau, Pegau oder Markkleeberg im Süden Leipzigs und insbesondere der sorbischen Siedlungsgebiete in der Ober- und Niederlausitz wurden – soweit möglich – von diesen Gruppen öffentlich gemacht.³¹ Verschiedene Vereinigungen gründeten seit Mitte der 1980er Jahre sogenannte Umweltbibliotheken, z. B. an der Ost-Berliner Zionskirche, in Leipzig oder im sächsischen Großhennersdorf, um dem offiziellen Stillschweigen über den ökologischen Raubbau eigene Informationen entgegenzustellen.³²

-
- 29 Eberhard Streuber: 150 Jahre Grube Johannes. Silbersee. Von der Braunkohlengrube zur ökologischen Altlast, in: Die Filmfabrik Wolfen. Aus der Geschichte. Hg. vom Industrie- und Filmmuseum Wolfen. Heft 9. Wolfen 2001; Chronik des Braunkohlebergbaues im Revier Bitterfeld. Hg. vom Verein Bitterfelder Bergleute e. V. 2. Aufl. Bitterfeld 1998. Zu den Umweltgruppen Gesine Schmidt: Veränderungen des Lebensstils und der Gesellschaft. Einblicke in die Umweltbewegung der DDR und ein Interview mit Michael Beileites, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 25 (2009), S. 145–158. Die bislang profundeste Darstellung einer lokalen Umweltgruppe Maria Nooke: Für Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche. Berlin 2008.
- 30 Zur SAG Wismut Rainer Karlsch: Der Aufbau der Uranindustrien in der SBZ/DDR und CSR als Folge der sowjetischen Uranlücke, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996), S. 5–24; zur sozialen Bedeutung der Wismut Juliane Schütterle: Kumpel, Kader und Genossen. Arbeit und Leben im Uranbergbau der DDR. Die Wismut AG. Paderborn u. a. 2010. Zur Wismut GmbH: Chronik der Wismut. Hg. von der Wismut GmbH. 2. Aufl. Chemnitz 2011.
- 31 Kerstin Kretschmer: Industrialisierung und Umwelt. Der Braunkohletagebau in Nordwestsachsen. Strukturveränderungen und ökologische Folgen, in: Werner Bramke/Ulrich Heß (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert (Leipziger Studien zur Erforschung von regionenbezogenen Identifikationsprozessen 2). Leipzig 1998, S. 133–153. Zu den in ihrer Existenz bedrohten Ortschaften vgl. Ministerium für Kohle und Energie, Bereich Braunkohle, Information über die Tagebauentwicklung im Südraum von Leipzig und deren Anforderung an die territoriale Einordnung. Unterlagen für die Beratung am 23. Oktober 1986 im Ministerium für Kohle und Energie, 13. Oktober 1986, in: BArch DK 5/1389, unpag. Zu den sorbischen Gebieten vgl. Edmund Pech: Auswirkungen des Braunkohletagebaus auf die nationale Minderheit der Sorben 1945–1990, in: Eberhard Wächtler (Hg.): Die Braunkohle und ihre Bergleute. Zur Geschichte des Braunkohlebergbaus. 7. Montanhistorisches Kolloquium. Borken 2006, S. 95–114; Winfried Schich: Berzdorf auf dem Eigen in der Oberlausitz. Der Aufbau einer Kulturlandschaft im 13. und ihre Zerstörung im 20. Jahrhundert, in: Meyer/Popplow (Hg.): Technik, Arbeit und Umwelt in der Geschichte, S. 381–394.
- 32 Zur Umweltbibliothek an der Zionskirchgemeinde Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. 2. Aufl. Berlin 1998, S. 629f.; zur Herausbildung einer Gegenöffentlichkeit ebd., S. 632–635. Zur Leipziger Umweltbibliothek Roland Quester: 10 Jahre Umweltbibliothek Leipzig. Eine Chronik 1988–1998. Leipzig 1998.

Diese Versuche, eine Öffentlichkeit jenseits der von der Partei gelenkten zu schaffen, beantworteten die Staatssicherheit und andere Stellen mit immer neuen Repressalien.³³ Vom staatlichen Vorgehen gegen die verschiedenen Umweltgruppen waren oft auch oppositionelle Pfarrer betroffen, die in ihren Gemeinden Räume und Arbeitsmöglichkeiten, etwa für die Umweltbibliotheken, zur Verfügung stellten.³⁴ Im Herbst 1987 beschlagnahmten Ost-Berliner Staatsanwaltschaft und Staatssicherheit in den Räumen der Zionsgemeinde Kopiergeräte und Manuskripte der „Umweltblätter“ und verhafteten mehrere Umweltaktivisten, wenige Tage später wurde ein Umweltseminar in der Ost-Berliner Elisabethgemeinde bereits im Vorfeld erheblich gestört, indem angemeldete Teilnehmer bei der Anreise aufwendig kontrolliert und mitgeführte Broschüren beschlagnahmt wurden. Gegen Teilnehmer einer Mahnwache an der Zionskirche ging die Polizei gewaltsam vor.

Formal waren die Staatsorgane sogar im Recht: Berichte über Umweltverschmutzungen unterlagen diversen Geheimhaltungsbestimmungen, was 1982 mit der sogenannten Umweltdaten-Geheimhaltungsverordnung nochmals nachdrücklich unterstrichen wurde. Die vom Staatlichen Zentralamt für Statistik erarbeiteten Statistischen Jahresberichte für Umweltschutz und Wasserwirtschaft erhielten eine Klassifizierung als Vertrauliche Verschlussache und gelangten neben dem zuständigen Minister Reichelt lediglich dem Staatsratsvorsitzenden Honecker, dem Sekretär des Zentralkomitees für Wirtschaft Günter Mittag und dem Minister für Staatssicherheit Erich Mielke zur Kenntnis.³⁵ In einer neuerlichen Geheimhaltungsverordnung von 1987 wiederholte Minister Reichelt die Anordnung und weitete die Pflicht zur Verschwiegenheit im Ergebnis auf alle auch nur entfernt mit Umweltfragen befassten Informationen

-
- 33 Michael Beleites: *Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz*. 2. Aufl. Berlin 1992; Christoph Kuhn: „Inoffiziell wurde bekannt ...“ Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchentag Halle. Gutachten zum Operativen Vorgang „Heide“. 2. Aufl. Magdeburg 1997; Jeannette Michelmann: Umweltschutz und Staatssicherheit in der Provinz, in: Heiner Timmermann (Hg.): *Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall*. Münster u. a. 2003, S. 139–150.
- 34 Walter Süß: *Wandlung der MfS-Repressionstaktik seit Mitte der siebziger Jahre im Kontext der Beratungen der Ostblock-Geheimdienste zur Bekämpfung der „ideologischen Diversion“*, in: Leonore Ansorg (Hg.): „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989). Köln u. a. 2009, S. 111–134. Zur Rolle der Kirchen zuletzt Ehrhart Neubert: *Die Kirchen in der DDR vor und nach der friedlichen Revolution 1989/90*, in: Hans-Joachim Veen (Hg.): *Kirche und Revolution. Das Christentum in Ostmitteleuropa vor und nach 1989*. Köln u. a. 2009, S. 3–40. Bizzarr Horst Schneider: *Unter dem Dach der Kirche. „Bürgerrechtler“ in der DDR*. Berlin 2010.
- 35 Vgl. Michael Beleites: *Konspirative Abschirmung der Umweltschäden durch die SED-Führung und das Ministerium für Staatssicherheit und die Versuche zur Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode)*. Hg. vom Deutschen Bundestag III/2. Baden-Baden 1999, S. 1585–1622, hier S. 1587.

aus. Betroffen waren „zusammenfassende Informationen und Materialien und bedeutsame Einzelinformationen zu Wasserschadstoff- und Umwelthavarien, Hochwasserereignissen und ihrer [!] Auswirkungen, zeitlich begrenzten extremen Belastungen des Wassers, des Bodens und der Luft, die zur Gefährdung von Menschen führen können“.³⁶

Der Umstand, dass die Verordnungen nur verwaltungsintern verbreitet wurden, legt nahe, dass sich die verantwortlichen Stellen zumindest ein rudimentäres Empfinden für die Absurdität des eigenen Handelns bewahrt hatten. Im Übrigen fehlte trotz des elaborierten Regelwerks offensichtlich letzte Klarheit hinsichtlich des Umgangs mit Umweltdaten: „Publikationen sind deshalb zu diesen Informationen nicht gestattet und [!] unterliegen einem Prüfungsverfahren.“³⁷ Die Geheimhaltung war im Übrigen zu keinem Zeitpunkt im beabsichtigten Ausmaß durchzusetzen: Auf internationalen Tagungen wurden ostdeutsche Umweltdaten diskutiert, z. B. im Rahmen des Internationalen Botanikerkongresses im Juli 1987, pikanterweise in West-Berlin. Westliche Medien brachten regelmäßig Meldungen zu ökologischen Themen jenseits der Mauer.

Weder sinistre Geheimhaltungsbestimmungen noch Repressalien diverser staatlicher Stellen gegen Umweltschützer und ihre Unterstützer konnten das Thema dauerhaft aus der Öffentlichkeit halten. Bereits 1988 veranstalteten Mitglieder des Leipziger Arbeitskreises Weltumwelttag eine als „Gedenkumzug“ deklarierte Demonstration, um auf die katastrophale Verschmutzung der Pleiße aufmerksam zu machen. Die einstige Lebensader der Stadt war innerhalb des Stadtgebietes inzwischen weitgehend unterirdisch kanalisiert, um die Geruchsbelästigung zu verringern und das Ausmaß des ökologischen Desasters vor der Bevölkerung zu verbergen.³⁸ Im Juni 1989 fand die Demonstration, diesmal unter dem Titel „Pleiße-Pilgerweg 1989“, erneut statt. Trotz fehlender behördlicher Genehmigung, Repressalien und etlicher Festnahmen durch das MfS zogen die Aktivisten unter großem Polizeiaufgebot durch die Innenstadt.³⁹ Die Staatsmacht hatte darauf verzichtet, die Demonstration um jeden Preis zu

36 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Weisung Nr. 24/87 zur Ausarbeitung der Nomenklatur für Staatsgeheimnisse und der Geheimnisträgernomenklatur in den nachgeordneten Betrieben und Einrichtungen des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 10. Januar 1987, in: BArch DK 5/2091, unpag.

37 Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat, Bericht über Probleme des Geheimnisschutzes bei Informationen zum Umweltschutz, 25. Oktober 1982, in: BArch DK 5/1982, unpag.

38 Eine interne Meldung des MfS über den Pleiße-Gedenkumzug, in: http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/Vorabend-der-Revolution/1988_Umweltbewegung/Dokumente/1988-06-05_Bericht/_tabelle.html?nn=2635464 (Abruf: 27. Dezember 2012).

39 Ein Bericht über die Demonstration aus den „Umweltblättern“, des Info-Blattes des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde vom Juli 1989, abgedruckt in: Steffen Lieberwirth: Wer eynen spielmann zu tode schlaegt ... Ein mittelalterliches Zeitdokument anno 1989. Leipzig 1990, S. 156f. Aus der Sicht der HA XX des MfS, in: http://www.bstu.bund.de/DE/Wissen/DDRGeschichte/Vorabend-der-Revolution/1988_Umweltbewegung/

verhindern – ein deutlicher Beleg für die bereits fortgeschrittene Erosion der SED-Herrschaft.

Die durch die stümperhaft manipulierten Kommunalwahlen im Mai 1989 sensibilisierten Bürger führten immer offener politische Diskussionen auch außerhalb des vertraulichen privaten Raumes.⁴⁰ Umweltthemen kam dabei eine besondere Bedeutung zu.⁴¹ Statistische Untersuchungen zu den Demonstrationen des Herbstes und Winters 1989/90 in Sachsen belegen die auffällige Häufigkeit von Forderungen aus dem Bereich der Ökologie, insbesondere nach behutsamerem Umgang mit der Umwelt.⁴²

*

Die ideologischen Prämissen, auf die die DDR-Staats- und Parteiführung sich regelmäßig berief, waren ausgesprochen ökonomistisch geprägt. Immerhin hatte Karl Marx seine Ideen unter dem Einfluss der rasch voranschreitenden Industrialisierung Englands entwickelt. Trotzdem war er bereits Mitte des 19. Jahrhunderts mit geradezu modern anmutenden Worten für einen verantwortlichen Umgang mit der Natur eingetreten: „Selbst die ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammen genommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und sie haben sie als *boni patres* den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen.“⁴³

Diesen Teil der Marx'schen Lehre vernachlässigte die DDR in ihrem ökologischen Handeln weitgehend. So nahm man im Erzgebirge eine Steigerung der ohnehin hohen Luftverschmutzung durch gesprühte Insektizide in Kauf, um die von dieser Luftverschmutzung geschädigten und entsprechend besonders anfälligen Bäume vor Schädlingsbefall zu schützen. Diese Maßnahme diente

Dokumente/1989-06-10_Bericht/_tabelle.html?nn=2635464 (Abruf: 27. Dezember 2012).

- 40 Klaus Bästlein: Eine Fälschung zuviel. Die DDR-Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, in: Jens Schöne (Hg.): Revolution. Die DDR im Jahr 1989 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR 29). Berlin 2010, S. 19–47; Karl-Wilhelm Fricke: Die DDR-Kommunalwahlen 1989 als Zäsur für das Umschlagen von Opposition in Revolution, in: Eberhard Kuhrt (Hg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen 1999, S. 467–505.
- 41 Etwa Arbeitskreis Weltumwelttag des Synodalausschusses der Evangelisch-Lutherischen Kirche des Kirchenbezirkes Leipzig-Ost an den Ministerrat der DDR, 4. Juni 1989, in: BArch DK 5/5799, unpag.; Vertretertreffen kirchlicher Umweltgruppen in der DDR, Offener Brief an den Ministerrat der DDR und den Deutschen Bundestag, 10. September 1989, ebd.
- 42 Vgl. Walter Heidenreich/Michael Richter: Parolen und Ereignisse der Friedlichen Revolution in Sachsen. Eine quantitative Auswertung. Dresden 2009, S. 83.
- 43 Zitiert nach Iring Fettscher: Karl Marx – ein Blatt, ein Bild, ein Wort, in: Jahrbuch Ökologie 2009, S. 207–209 [Hervorhebung im Original].

allein der Sicherung der forstwirtschaftlichen Erträge.⁴⁴ Zwar untersagten lokale Stellen gelegentlich diese Form der Schädlingsbekämpfung, nicht zuletzt in Reaktion auf Eingaben der betroffenen Bevölkerung. Diese Verbote wurden jedoch von vorgesetzten Behörden auf Bezirks- und Republikebene zumeist ignoriert. Das forstwirtschaftliche Plansoll hatte Vorrang vor Lebensqualität und Naturschutz. Ein weiteres Beispiel illustriert den Primat der Ökonomie: Nach der fahrlässigen Einleitung giftiger Chemikalien in die Ilm wurde der Verantwortliche nicht wegen des ökologischen Schadens, sondern wegen der wirtschaftlichen Verluste aufgrund des massenhaften Fischsterbens verurteilt.⁴⁵

Entgegen dem durch derlei – öffentlich totgeschwiegene – Skandale verstärkten Eindruck, besaß die DDR eine nahezu modern anmutende Umweltgesetzgebung. Bereits in den frühen 1950er Jahren wurden gesetzliche und administrative Regelungen zum Umwelt- und Naturschutz erlassen, wohl unter dem Einfluss der Sowjetunion, die zur gleichen Zeit ganz ähnlich handelte.⁴⁶ 1953

-
- 44 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Heinz Kuhrig an Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED Werner Felfe, Information über die gegenwärtige Lage und eingeleitete Maßnahmen zum Forstschutz im Bezirk Karl-Marx-Stadt, 18. Juni 1981, in: SAPMO-BArch DY 30/118, unpag.; Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED Werner Felfe an SED-Generalsekretär Erich Honecker, Information über die gegenwärtige Situation auf dem Gebiet des Forstschutzes in den Wäldern der DDR, 18. Dezember 1984, in: SAPMO-BArch DY 30/120, unpag. – Heinz Kuhrig (1929–2001), SED, 1952–1961 Mitarbeiter der Abt. Landwirtschaft des ZK der SED, 1961–1963 Direktor des Instituts für Landtechnik der Deutschen Akademie des Landwirtschaftswissenschaften, 1963–1967 stellv., 1973–1982 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, 1976 Mitglied des ZK der SED. – Werner Felfe (1928–1988), SED, 1954–1963 Kandidat, 1963 Mitglied des ZK der SED, 1957–1960 zunächst stellv. Vorsitzender, dann Vorsitzender des Rates des Kreises Zschopau, 1960–1963 Vorsitzender des Rates des Bezirks Karl-Marx-Stadt und Mitglied des Büros der SED-Bezirksleitung, 1965/66 stellv. Abt.-Leiter im ZK der SED, 1966–1968 Sekretär für Agitation und Propaganda, 1968–1971 2. Sekretär, 1971–1981 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, 1973 Kandidat, 1976 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, ab 1981 Sekretär des ZK der SED für Landwirtschaft.
- 45 Interne Mitteilung des Leiters der Abt. Landwirtschaft beim ZK der SED Bruno Lietz an den Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED Werner Felfe, 16. Juni 1982, in: SAPMO-BArch DY 30/118, unpag. – Bruno Lietz (1925–2005), SED, 1961–1972 Sekretär für Landwirtschaft der Bezirksleitung Rostock, 1963 Kandidat, 1982 Mitglied des ZK der SED, 1972–1981 stellv. Vorsitzender der Staatlichen Plankommission für den Bereich Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, 1981/82 Leiter der Abt. Landwirtschaft des ZK der SED, November 1982–November 1989 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, 1986–März 1990 MdVK, 1990 Rentner.
- 46 Hermann Behrens: Naturschutz und Landeskultur in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Günter Bayerl/Torsten Meyer (Hg.): Die Veränderung der Kulturlandschaft. Nutzungen, Sichtweisen, Planungen (Beiträge der Tagung „Technik und die Veränderung der Kulturlandschaft“). Münster u. a. 2003, S. 213–271. Zum sowjetischen Vorbild vgl. Joseph Croiteru: Trapper im Sowjetreich. Umweltbewusstsein in Osteuropa, in: FAZ, 8. Juli 2008; vgl. auch Grünbuch. Politische Ökologie im Osten Europas (Osteuropa 58 [2008] 45).

wurde in Halle an der Saale das Institut für Landesforschung und Naturschutz, angegliedert an die Deutsche Akademie für Landwirtschaftswissenschaft, mit Zweigstellen in Greifswald und Potsdam gegründet.⁴⁷ 1962 wurde an der gleichen Akademie eine Ständige Kommission für Landschaftspflege und Naturschutz eingerichtet und parallel eine entsprechende Sektion an der Deutschen Akademie der Wissenschaften konstituiert. Die Ständige Kommission ging 1968 in der Ständigen Arbeitsgruppe für sozialistische Landeskultur auf, 1972 umbenannt in Beirat für Umweltschutz beim Ministerrat.⁴⁸

Bereits in den 1960er Jahren fand in der Tagespresse eine intensive Diskussion über den Wert des Naturschutzes für die Erholung der „Werkstätigen“ statt.⁴⁹ Die Beiträge durften auch durchaus kritisch ausfallen, solange sie sich in den Grenzen der sozialistischen Ordnung bewegten und die Vormacht der SED nicht hinterfragt wurde. Zunehmend wurde in kritischen Pressebeiträgen aber gleichzeitig hervorgehoben, die zuständigen Stellen seien bereits erfolgreich mit der Beseitigung der Missstände befasst.⁵⁰ Grundsätzliche Kritik am Umweltschutz in offiziellen Medien war äußerst selten und erregte entsprechende Aufmerksamkeit.⁵¹

Auch gesetzgeberisch entfaltete die DDR deutlich früher Initiativen als viele andere Staaten, etwa auch die Bundesrepublik. 1954 verabschiedete die Volkskammer das „Gesetz zur Erhaltung und Pflege der heimatlichen Natur (Naturschutzgesetz)“.⁵² Eine Durchführungsverordnung von 1955 war speziell

-
- 47 Vgl. Hermann Behrens: Das Institut für Landesforschung und Naturschutz (ILN) und die Biologischen Stationen, in: Ders./Jens Hoffmann (Hg.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte. 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz. Hg. vom Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung e. V. München 2007, S. 69–72; Ludwig Bauer: Zur Arbeit der Sektion Landeskultur und Naturschutz der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, ebd., S. 63–68. Zur Akademie der Wissenschaften Werner Scheler: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin 2000.
- 48 Ellenor Oehler: Zu Funktion und Tätigkeit des Beirats für Umweltschutz beim Ministerrat, in: Hermann Behrens/Jens Hoffmann (Hg.): Umweltschutz in der DDR, S. 1–44.
- 49 Etwa: Gibt es bereits eine Konzeption für das Rosental?, in: Die Union, 29. Oktober 1963; Waldluft, Rehe und Schutzpilze, in: Mitteldeutsche Neueste Nachrichten, 22. April 1966; Abholzen mit Bedacht, in: Sächsisches Tageblatt, 6. Februar 1969; Ist Freizeit freie Zeit?, in: Mitteldeutsche Nachrichten, 27. April 1969; Doch die Haustür liegt so nahe, in: Sächsisches Tageblatt, 10. Mai 1970.
- 50 Auflagentreue ist notwendig – zum Wohle der Luft, in: Leipziger Volkszeitung, 30. September 1987; Kristin Decker: Es ging um Luft, Lärm und Gewässer, in: Sächsisches Tageblatt, 1. Oktober 1987.
- 51 „Bisher ist es jedoch so, daß speziell Planungsvorhaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes weniger ernst genommen werden als die anderer Bereiche. Treten irgendwo Planungsprobleme auf, werden hier zuerst Abstriche gemacht.“; Die Umwelt – Politikum für jeden im Land, in: Leipziger Volkszeitung, 28. Juni 1988.
- 52 Gesetzblatt der DDR Nr. 71/1954, S. 695–698. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) vom 20. Dezember 1976, in: BGBl. 1976 I, S. 3574–3582.

dem Tierschutz gewidmet und listete die vom Aussterben bedrohten Arten auf. Neben dem sowjetischen Vorbild – anders als in den späten 1980er Jahren wurden politische Trends des großen Bruders auch ohne ausdrückliche Weisung noch nahezu blind übernommen – dürfte ein weiterer Punkt maßgeblich für die frühere gesetzgeberische Initiative der DDR-Führung gewesen sein: In der DDR galt (wie auch in der Bundesrepublik) seit der Staatsgründung das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 fort.⁵³ Diese hochgradig von der nationalsozialistischen Blut-und-Boden-Ideologie geprägte Norm sollte keinesfalls länger als unbedingt nötig Gesetzeskraft haben in der sich selbst als das „antifaschistische“ Deutschland definierenden DDR.⁵⁴ Schließlich erlangte der Naturschutz sogar Verfassungsrang. In der zweiten DDR-Verfassung von 1968 bestimmte Artikel 15 Absatz 2: „Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur. Die Reinhaltung der Gewässer und der Luft sowie der Schutz der Pflanzen- und Tierwelt und der landschaftlichen Schönheit der Heimat sind durch die zuständigen Organe zu gewährleisten und darüber hinaus auch Sache jedes Bürgers.“⁵⁵

Für die Bundesrepublik wurde der Naturschutz erst 1994 als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen.⁵⁶

1972 richtete die DDR-Regierung ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft ein.⁵⁷ Auch hier zog die Bundesrepublik erst geraume Zeit

53 RGBl. Nr. 68/1935, S. 821–825. Zum Reichsnaturschutzgesetz vgl. Edeltraud Klüeting: Die gesetzlichen Regelungen der nationalsozialistischen Reichsregierung für den Tierschutz, den Naturschutz und den Umweltschutz, in: Joachim Radkau/Frank Uekötter (Hg.): Naturschutz und Nationalsozialismus. Frankfurt/Main 2003, S. 77–105, hier S. 92–101; Karl Ditt: Die Anfänge der Naturschutzgesetzgebung in Deutschland und England 1935/49, ebd., S. 107–143, hier S. 116–123.

54 Zum Antifaschismus in der DDR zuletzt Christoph Classen: Faschismus und Antifaschismus in der Geschichtskultur der frühen DDR, in: Heiner Timmermann (Hg.): Vergangenheitsbewältigung in Europa im 20. Jahrhundert. Berlin 2010, S. 23–41. Vgl. auch Herfried Münkler: Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen, in: Manfred Agethen/ Eckhard Jesse/ Ehrhart Neubert (Hg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken. Feiburg/Breisgau 2002, S. 79–99.

55 Gesetzblatt der DDR Nr. 8/1968, S. 199–222, hier S. 208. Zur innenpolitischen Verfassungsdiskussion auch im Hinblick auf den Umweltschutz Wilfriede Otto: Verfassungsdebatte und Verfassung der DDR 1968. Ein Kernstück für relative Identifikationsmöglichkeiten und endgültigen Abbruch, in: Timmermann (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, S. 151–177.

56 Art. 20a GG: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“ Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a) vom 27. Oktober 1994, BGBl. 1994 I, S. 3146–3148.

57 Am 12. April 1990 umbenannt in Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit unter Minister Karl-Hermann Steinberg (CDU).

später nach, als im Juni 1986 in Reaktion auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gebildet wurde.⁵⁸ Die Bevölkerung der DDR wurde seinerzeit durch die eigenen Medien erst mit erheblicher Verspätung und zunächst äußerst unvollständig über die Reaktorexpllosion unterrichtet. Eine „Nebenwirkung“ der Katastrophe war ein plötzliches reiches Angebot an Gemüse, da osteuropäische Ware im Westen nicht mehr zu verkaufen war und deshalb in den sozialistischen Bruderstaaten in den Handel gelangte.⁵⁹

Auch in der Außenpolitik der DDR war die Umweltpolitik ein wichtiges Instrument. Um ihrem wichtigsten Ziel, der breiten internationalen Anerkennung und einem ähnlichen Ansehen wie die Bundesrepublik, näher zu kommen, begab sich die DDR in ein dichtes Geflecht von Umweltorganisationen und -verträgen.⁶⁰

Neben diesen primär auf Außenwirkung zielenden Mitgliedschaften und Abkommen – insbesondere mit Staaten außerhalb des sozialistischen Wirtschaftsraumes – traf die DDR-Führung auch ganz konkrete innenpolitische Maßnahmen. So wurden im Bereich der chemischen Industrie strikte Emissionsobergrenzen festgelegt und ihre Überschreitung scharf geahndet. Die festgelegten Grenzwerte konnten freilich aufgrund technischer Unzulänglichkeiten meist nicht eingehalten werden. Die fälligen Geldstrafen wurden deshalb vielfach bereits vorab, versteckt in unverdächtigen Einzelposten, in den Plänen der verschiedenen Unternehmen eingestellt, was natürlich die gesetzlichen Bestimmungen ad absurdum führte. Zwar mangelte es nicht an technologischen Lösungsansätzen, denn die DDR verfügte durchaus über Experten mit dem notwendigen technischen Know How. Doch fehlten der Volkswirtschaft die notwendigen materiellen Voraussetzungen, was nicht zuletzt am Technologieembargo der OECD gegen die Ostblock-Staaten lag.⁶¹ Eigentlich erstreckte

-
- 58 Zur Katastrophe von Tschernobyl zuletzt Melanie Arndt: Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Erfurt 2011; vgl. auch Informationskreis KernEnergie (Hg.): Der Reaktorunfall in Tschernobyl. 4. Aufl. Berlin 2007.
- 59 Martin Debes: Tschernobyl: Als es in der DDR plötzlich Tomaten gab, in: Thüringer Allgemeine, 14. März 2011 (<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Tschernobyl-Als-es-in-der-DDR-plotzlich-Tomaten-gab-43573536>, Abruf: 3. Januar 2013). Zitiert nach http://de.wikipedia.org/wiki/Katastrophe_von_Tschernobyl (Abruf: 3. Januar 2013).
- 60 Joachim Scholtyseck: Die Außenpolitik der DDR (Enzyklopädie deutscher Geschichte 69). München 2003, S. 32. Allgemein zur DDR-Außenpolitik Siegfried Bock/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau (Hg.): DDR-Außenpolitik. Ein Überblick. Berlin 2010. Zum Umweltschutz als Thema der internationalen Beziehungen (ohne Konzentration auf Deutschland) zuletzt Anna-Katharina Wöbse: Weltnaturschutz. Umweltdiplomatie in Völkerbund und Vereinten Nationen 1920–1990. Frankfurt/Main 2012.
- 61 Peter E. Fäßler: Bonn und das strategische Embargo gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten 1949–1958, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 54 (2006), S. 673–700; zu

sich das Embargo nur auf rüstungstechnologisch relevante Produkte, doch insbesondere die USA legten in den Hochzeiten des Kalten Krieges diesen Begriff sehr weit aus, was im Übrigen in besonderer Weise die Bundesrepublik betraf, die enge Handelsbeziehungen zu etlichen Staaten des Warschauer Paktes unterhielt. Die geringen eigenen Ressourcen nutzte die DDR kaum für umweltgerechte Sanierungen ihrer Betriebe.

Stattdessen wurden die vorhandenen Anlagen weiterhin auf Verschleiß gefahren, durchaus in dem Wissen, dass die ursprünglich einmal geplante Ablösung durch neue erdölbetriebene Technologien angesichts der internationalen Ölpreisentwicklung und der rückläufigen sowjetischen Lieferungen nicht im geplanten Umfang stattfinden würde.⁶² Notwendige Investitionen in neue Betriebe unterblieben mangels finanzieller Mittel.⁶³ Im Interesse einer möglichst hohen Arbeitsproduktivität und einer maximalen Kapazitätsauslastung wurden Umweltbelastung und Naturzerstörung billigend in Kauf genommen. Den technischen Stand des Umweltschutzes illustriert der Umstand, dass dem Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft 1985 zugesagt wurde, bis zum XI. SED-Parteitag 1986 einen [!] Computer mit CAD/CAM-Systemen, einer zu diesem Zeitpunkt im Westen bereits breit etablierten Technik, für die republikweite Erfassung von Umweltdaten zu erhalten.⁶⁴ Auch die personelle Ausstattung der mit Umweltfragen befassten Stellen blieb weit hinter den Erfordernissen zurück. Durch das Ministerium könnten „die wachsenden Lei-

-
- den Gegenstrategien speziell der DDR Klaus Behling: Hightech-Schmuggler im Wirtschaftskrieg. Wie die DDR das Embargo des Westens unterlief. Berlin 2007.
- 62 Zu den sowjetischen Lieferungen bereits zeitgenössisch Michael Schmitz: Das Beste für den großen Bruder. Moskau verlangt größere Mengen und bessere Qualität im Warenaustausch, in: Die Zeit, 18. Januar 1985 (<http://www.zeit.de/1985/04/das-beste-fuer-den-grossen-bruder>, Abruf: 4. Januar 2013). Die sowjetischen Erdöllieferungen der 1980er Jahre dienten nur begrenzt der Deckung des eigenen Bedarfs: Die DDR-Führung setzte weiter auf den extensiven Einsatz von Braunkohle, verkaufte das zu deutlich unter dem Weltmarktniveau liegenden Kosten gekaufte bzw. gegen eigene Lieferungen verrechnete Erdöl am Weltmarkt zu den dort üblichen Preisen gegen harte Westwährung und verdiente so außenwirtschaftlich dringend benötigte Valuta – und trat als Konkurrenzanbieter neben der Sowjetunion an den Märkten auf. Das Vorgehen Ost-Berlins belastete das Verhältnis zur östlichen Führungsmacht ganz erheblich und führte zu einer Drosselung der sowjetischen Lieferungen; vgl. Leonid I. Zedilin: Sowjetunion, DDR und RGW in der Ära Gorbatschow (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 34). Köln 1995.
- 63 BArch DK 5/5378, unpag.; demnach besaß die Mehrzahl der Chemiewerke keine oder keine angemessenen Kläranlagen. Vgl. auch Claus Christ: Umweltprobleme und Umweltschutz in der mitteldeutschen Chemieindustrie der DDR, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Die mitteldeutsche Chemieindustrie und ihre Arbeiter im 20. Jahrhundert. Halle/Saale 2005, S. 378–413, hier S. 391f., 398f.
- 64 Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordination Alexander Schalck-Golodkowski an Günter Mittag, 15. November 1985, in: SAPMO-BArch DY 30/2836, Bl. 339f. CAD = Computer-aided design, CAM = Computer-aided manufacturing.

tungsaufgaben, insbesondere die konzeptionelle Arbeit, nicht mehr voll wahrgenommen werden“.⁶⁵

Allerdings war das formal zuständige Ministerium unter Minister Hans Reichelt auch nicht die maßgebliche Instanz für die Umweltpolitik der DDR. Im Rahmen der von der SED-Führung festgelegten Eckwerte für den jeweiligen Volkswirtschaftsplan oblag es der Staatlichen Plankommission, Umweltprojekte finanziell wie kapazitiv einzubinden.⁶⁶ Die letzte Entscheidung lag wiederum bei der Parteiführung, die sich die „Kompetenzkompetenz für alle Lebensbereiche“ anmaßte und erst am 1. Dezember 1989 durch die Volkskammer abgesprochen bekam.⁶⁷ Die staatliche Administration war auf die Umsetzung bereits getroffener Entscheidungen reduziert.

Innerhalb des SED-Parteiparates waren mehrere Abteilungen des Zentralkomitees mit Fragen des Umweltschutzes befasst.⁶⁸ Die Abteilung Grundstoffindustrie war unmittelbar zuständig für die Umsetzung der Beschlüsse von Politbüro und ZK-Sekretariat. Zudem unterstand ihr das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft politisch. Schließlich koordinierte sie auch die Zusammenarbeit mit weiteren wirtschaftspolitischen ZK-Abteilungen; hierbei kam der Abteilung Planung und Finanzen besondere Bedeutung zu, die wiederum die Staatliche Plankommission kontrollierte. Über dem dichten Geflecht von „Anleitungen“ und Kontrollen stand der Sekretär des Zentralkomitees für Wirtschaft, seit 1976 Günter Mittag. Er war nicht nur Vorgesetzter

-
- 65 Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Bruno Lietz an Sekretär für Landwirtschaft des ZK der SED Werner Felfe, Analyse über die Arbeit des Naturschutzes in der DDR mit Vorschlägen für die weitere Entwicklung, 2. Juli 1987, in: SAPMO-BArch DY 30/122, unpag.
- 66 Vgl. Gerhard Schürer: Statement. Erfahrungen als Leiter der Staatlichen Plankommission. Wirtschaftliche und politische Verflechtungen von Akteuren, in: Heiner Timmermann (Hg.): Die DDR. Analyse eines aufgegebenen Staates. Berlin 2001, S. 31–45.
- 67 Zur Kompetenzkompetenz vgl. Rainer M. Lepsius: Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.): Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 17–30. Allgemein zu Herrschaftsverständnis und Herrschaftspraxis der SED Klaus Schroeder: Staatsverständnis und Herrschaftsformen der SED, in: Peter März (Hg.): 40 Jahre Zweistaatlichkeit in Deutschland. Eine Bilanz. München 1999, S. 99–117; Bernd Faulenbach: Die SED-Diktatur in der DDR, in: Ludger Kühnhardt (Hg.): Rußland und Deutschland auf dem Weg zum antitotalitären Konsens. Baden-Baden 1999, S. 127–141.
- 68 Zum ZK der SED Jochen Staadt/Manfred Wilke: „Ein Hochsicherheitstrakt der Macht“. Das Zentralkomitee der SED am Marx-Engels-Platz, in: Hans Wilderott (Hg.): Das Haus am Werderschen Markt. Von der Reichsbank zum Auswärtigen Amt. Berlin 2000, S. 205–252; für die frühen Jahre der DDR Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweisen von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Münster u. a. 2003. Zu den Abteilungsleitern Rainer Weinert: Die Wirtschaftsführer der SED. Die Abteilungsleiter im ZK im Spannungsfeld von politischer Loyalität und ökonomischer Rationalität, in: Stefan Hornbostel (Hg.): Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR. Opladen 1999, S. 59–84.

sämtlicher wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees, sondern darüber hinaus auch Leiter verschiedener Arbeitsgruppen innerhalb der SED, die etwa mit Fragen des grenzüberschreitenden Umweltschutzes zwischen DDR und Bundesrepublik befasst waren. Zwischen beiden deutschen Staaten waren die Verschmutzung der Werra durch den Kaliabbau, die Wasserqualität der Elbe und der Mülltourismus in die DDR die wichtigsten ökologischen Diskussionspunkte.⁶⁹

Sowohl innerhalb des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als auch auf bilateraler Ebene war die DDR in Umweltprojekte involviert, die die Abteilung Handel, Versorgung – bei der auch die Aufsicht über das Ministerium für Außenhandel und die ihm nachgeordneten Außenhandelsunternehmen lag – gemeinsam mit der ZK-Arbeitsgruppe RGW koordinierte.⁷⁰ Die ZK-Abteilung Landwirtschaft übernahm Aufgaben aus dem engeren Bereich des Naturschutzes und der Forstwirtschaft und überwachte daneben unter Leitung des ZK-Sekretärs für Landwirtschaft auch das Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. Die gesamte Umwelt- und Naturschutzpolitik wurde mithin von Abteilungen des Zentralkomitees entweder direkt gesteuert oder über den Umweg der „Anleitung“ der zuständigen Ministerien. Der für die gesamte DDR-Wirtschaft, und den dieser in jeder Beziehung untergeordneten Bereich Ökologie, entscheidende Günter Mittag ließ sich vom zuständigen Minister Hans Reichelt regelmäßig und ausgesprochen kleinteilig Bericht erstatten. Dies ging so weit, dass selbst Rededispositionen des Ministers für unbedeutende regionale Fachtagungen von Mittag selbst oder seinem Büro abgezeichnet wurden. Der Zugriff der SED und der generelle Vorrang vor den

69 Zur Werra Hartmut Ruck: Die Kaliindustrie in Thüringen 1945–1989, in: Ulrich Eisenbach/Akos Paulinyi (Hg.): Die Kaliindustrie an Werra und Fulda. Geschichte eines landwirtschaftsprägenden Industriezweigs. Darmstadt 1998, S. 123–136; Ulrich Eisenbach, Kaliindustrie und Umwelt, ebd., S. 194–222. Zur Elbe Daniel Lingenhöhl: „Meine Überwachung war nahezu perfekt“. Ernst Paul Dörfler engagierte sich in der DDR für den Umweltschutz. Im Interview spricht er über den damaligen Widerstand und die Schwierigkeiten im Naturschutz heute, in: Die Zeit, 4. Oktober 2010 (<http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-10/elbe-umweltschutz-sd>, Abruf 7. Januar 2013); zeitgenössisch: Schlüssel voll. Die DDR, Hauptverschmutzer des Nordsee-Zuflusses Elbe, lehnt noch immer eine deutsch-deutsche Zusammenarbeit bei der Sanierung ab, in: Der Spiegel, 20. Juni 1988. Zum Müllimport aus der Bundesrepublik Olaf Stellberger: Müllstandort Rote Insel in Schöneberg. Experimentierfeld der Müll-Moderne, in: Susanne Köstering/Renate Rüb (Hg.): Müll von gestern? Eine umweltgeschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg. Münster u. a. 2003, S. 125–138; Jinhee Park: Der „Langfristvertrag“ oder das zweifelhafte Glück der Kurzsichtigkeit. West-Berliner „Müllentsorgung“ in der DDR, ebd., S. 73–87.

70 Zum RGW Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1973–1976 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 15). Köln u. a. 2000; István Horváth: Hauptmerkmale der Beziehungen zwischen den RGW-Ländern und der Sowjetunion 1945–1990, in: Timmermann (Hg.): Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, S. 495–506.

zuständigen staatlichen Stellen auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes waren somit sichergestellt.

Annähernd zeitgleich zu entsprechenden Entwicklungen in der Bundesrepublik entwickelten Teile der DDR-Bevölkerung in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre ein zunehmendes Bewusstsein für die ökologische Situation und begannen, sich nicht allein für Fragen des Umweltschutzes zu interessieren, sondern auch zu engagieren.⁷¹ Die SED war bemüht, diese Strömungen zu kontrollieren. Hierzu wurde 1980 unter dem Dach des Kulturbundes die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) gegründet.⁷² Die GNU sollte Themen des Umwelt- und Naturschutzes in der Bevölkerung verbreiten und die unabhängige Umweltbewegung in ihrem Einfluss beschränken, um die Entstehung einer Gegenöffentlichkeit – die die SED Zeit ihres Bestehens als Bedrohung der eigenen Vormachtstellung ansah – zu verhindern. Im Herbst 1982 gab es in sämtlichen Bezirken der DDR ein ausgebautes Netz der GNU.⁷³ Die Gesellschaft selbst nannte im Sommer 1989 Zahlen: In mehr als 2.500 „Fachkollektiven“ und Interessengemeinschaften seien etwa 69.000 Mitglieder an ca. 9.000 „Naturobjekten“ tätig.⁷⁴

Dem Ministerium für Staatssicherheit kam besondere Bedeutung innerhalb der staatlichen Umweltpolitik zu. Ihm oblag die Überwachung und Durchsetzung der rigiden Geheimhaltungsbestimmungen für sämtliche auch nur vage mit dem Komplex Umwelt zusammenhängenden Daten – in einer Industriegesellschaft eine kaum zu übersehende Flut. Es sollte unbedingt verhindert werden, dem immer wieder heraufbeschworenen Klassenfeind im Westen Infor-

-
- 71 Schmidt: Veränderungen des Lebensstils und der Gesellschaft. Einblicke in die Umweltbewegung der DDR und ein Interview mit Michael Beleites; Uwe Bastian: Zur Genesis ostdeutscher Umweltbewegung unter den Bedingungen eines totalitären Herrschaftssystems, in: Ders. (Hg.): Greenpeace in der DDR. Erinnerungsberichte, Interviews und Dokumente. Berlin 1996, S. 58–94; Benjamin Nölting: Strategien und Handlungsspielräume lokaler Umweltgruppen in Brandenburg und Ostberlin 1980–2000 (Beiträge zur kommunalen und regionalen Planung 19). Frankfurt/Main 2002. Für die Bundesrepublik Jens Ivo Engels: Naturpolitik in der Bundespolitik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980. Paderborn u. a. 2006; Ders.: Umweltschutz in der Bundesrepublik. Von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung, in: Sven Reichardt/ Detlef Siegfried (Hg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983. Göttingen 2010, S. 405–422.
- 72 Vgl. Natur und Umwelt. Beiträge zur Gründungsversammlung der Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR. Hg. vom Zentralvorstand. O. O. 1981; Hermann Behrens: Umweltbewegung, in: Ders./ Jens Hoffmann (Hg.): Umweltschutz in der DDR, S. 131–148.
- 73 Bericht über die 1. Zentrale Konferenz der GNU am 19./20. November 1981 in Dresden, in: SAPMO-BArch DY 27/3193, unpag.
- 74 Kulturbund der DDR, Bezirkssekretariat Cottbus, Bericht zur Entwicklung der Gesellschaft für Natur und Umwelt, 3. November 1982, in: SAPMO-BArch DY 27/5659, unpag.; entsprechende Berichte aus den Bezirken Dresden und Erfurt, ebd.

mationen zugänglich zu machen, die dieser vielleicht als Waffe im Kampf der Systeme nutzen könnte. Wie „erfolgreich“ diese Bemühungen waren, belegt das verbreitete Entsetzen nach 1989 in Westdeutschland, als das ganze Ausmaß der ökologischen Katastrophe, die sich mit der Chiffre *Bitterfeld* verband, offenbar wurde.

Noch wichtiger als die Bemühungen um Geheimhaltung war die Überwachung von Mitgliedern und Sympathisanten der unabhängigen Umweltgruppen, die sich nicht in irgendeiner Weise in die GNU hatten einbinden lassen. Zum einen sollte verhindert werden, dass von dieser Seite die Geheimhaltungsvorschriften verletzt oder auch nur umgangen wurden. Zum anderen sollte eine als fundamental erachtete Opposition überwacht werden, deren destabilisierenden Einfluss auf das sozialistische System man fürchtete. Der Herbst 1989 zeigte dann, wie begründet der Argwohn war.

Die Staatsicherheit bemühte sich nicht allein um die Geheimhaltung der Umweltdaten und die potentielle Opposition, sie leistete auch Positives für den Umweltschutz, indem sie Eingaben von Bürgern nachging. Vor einer Recherche des Sachverhaltes erfolgte regelmäßig die Prüfung, ob es sich bei dem Petenten um einen zwar verärgerten, aber grundsätzlich loyalen Bürger handelte, oder der Beschwerdeführer die bestehende Ordnung prinzipiell ablehnte. Solange der Beschwerdeführer sich im Rahmen der sozialistischen Ordnung bewegte, wurde sein Anliegen durch die zuständigen Behörden bearbeitet, vielfach begleitet von parallelen Untersuchungen der Staatssicherheit, die etwa innerbetriebliche Missstände als Ursachen von Umweltgefährdungen als potentielle Gefährdung der Volkswirtschaft verfolgte. Diese Berichte der Staatssicherheit sind heute von großer Bedeutung für die Forschung, da sie, wie auch für andere Bereiche, bei aller gebotenen Quellenkritik beanspruchen dürfen, die Situation im Wesentlichen ungeschminkt wiederzugeben. Dies gilt umso mehr, weil im zentralistischen System der DDR nachgeordnete Behörden und Dienststellen in vielen Fällen geschönte Informationen nach oben weiterleiteten, die deshalb für die Forschung nicht unproblematisch sind.

Innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit waren mehrere Abteilungen mit Fragen des Umweltschutzes befasst. Die wichtigsten waren die Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft) und die Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz (ZAGG). Daneben war auch die Abteilungen 4 – Kirchen und Religionsgemeinschaften – und 9 – „Politische Untergrundtätigkeit“ – innerhalb der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“) involviert.⁷⁵

75 Zur den hier interessierenden Gliederungen des MfS neben den gängigen Überblicksdarstellungen Roland Wiedmann: Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 (MfS-Handbuch V/1). Berlin 1995; Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch III/10). Berlin 1997; Thomas Au-

Das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft lud Einzelne und ganze Gruppen zu Bürgergesprächen,⁷⁶ die nicht allein eine unmittelbare Information ermöglichte, sondern insbesondere auch Ventilfunktion für bürgerlichen Unmut hatten. Eine ähnliche Funktion hatten im Übrigen auch Presseberichte über Umweltbelastungen, mit denen gleichzeitig Druck auf die verantwortlichen Betriebe und die Verwaltung vor Ort ausgeübt wurde.⁷⁷

Im Zuge der „Wende“ 1989 nahm eine Gruppe von ostdeutschen Umweltschützern, unter ihnen der heutige brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck, direkten Kontakt zum damaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer auf.⁷⁸ Daraus ergaben sich direkte offizielle Kontakte zwischen den beiden Umweltministerien. Einer der DDR-Vertreter, Michael Succow, wurde am 15. Januar 1990 stellvertretender Umweltminister der DDR. Minister Reichelt ließ ihm und seinen ins Ministerium berufenen politischen Freunden volle Handlungsfreiheit. Die unübersichtliche Situation zwischen Machtverzicht der bisherigen Regierung, Volkskammerwahlen mit nachfolgender Regierungsbildung und beginnenden Beitrittsverhandlungen nutzten die Umweltaktivisten, nunmehr offizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Umwelt- und Naturschutz, Reaktorsicherheit und Energie, nicht allein zur Konzeption künftiger Projekte wie z. B. der Naturschutzakademie auf der Insel Vilm, sondern auch, um bisher im weitesten Sinne staatlich genutzte Flächen wie etliche Truppenübungsplätze und die Jagdgebiete Erich Honeckers und anderer früherer Spitzenfunktionäre in Naturschutzgebiete umzuwandeln. Im Ergebnis gelang es, von ursprünglich geplanten 10,8 Prozent des DDR-Territoriums immerhin knapp fünf Prozent als Großschutzgebiete einzurichten. Zum Ende seiner Existenz gelang dem DDR-Umweltministerium eine bemerkenswerte Leistung – „ein weltweit einzigartiger Erfolg“.⁷⁹

*

Nicht erst seit dem Ende der DDR gibt es Forschungen zum Umwelt- und Naturschutz in der DDR. Schon vor 1989 erschien vor allem in der Bundesrepub-

erbach u. a.: Anatomie der Staatssicherheit. Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“ (MfS-Handbuch). Berlin 2008, insbes. S. 89–103.

76 Schreiben des Ulrich Städler, Berlin, an den Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 1. März 1979, und dessen Beantwortung mit Einladung zu einem persönlichen Gespräch mit einem Mitarbeiter des Ministeriums, in: BArch DK 5/71, unpag.

77 Etwa Martin Schroeter: Ein qualmender Schlot ist eine denkbar schlechte Visitenkarte, in: Leipziger Volkszeitung, 15. Oktober 1980.

78 Vgl. hierzu und zum nachfolgenden Ulli Kulke: Wie Umweltschützer das Tafelsilber der DDR retteten, in: Die Welt, 2. Oktober 2012 (<http://www.welt.de/reise/deutschland/article109582879/Wie-Umweltschuetzer-das-Tafelsilber-der-DDR-retteten.html>, Abruf: 10. Februar 2013).

79 Ebd.

lik Literatur, die freilich ohne belastbare Umweltdaten auskommen musste, denn die Unterlagen ja der Geheimhaltung.⁸⁰ Hinzu kam die Systemkonkurrenz, die die Forschung erheblich beeinflusste. Ostdeutsche Publikationen stellten die Überlegenheit des Staatssozialismus auch im Bereich der Ökologie heraus, blieben aber – nicht allein wegen der Geheimhaltungsbestimmungen – den Beweis schuldig. Gelegentlich wurde anstelle der eigenen Überlegenheit, abhängig von der politischen Großwetterlage, sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR die gemeinsame Verantwortung für die *eine* Welt betont.⁸¹

Ein Diskussionsschwerpunkt unter Forschern aus der DDR war die Frage nach der Vereinbarkeit von Ökologie mit der maßgeblich ökonomisch ausgerichteten marxistisch-leninistischen Ideologie. Marx und Engels hatten ihre Lehren unter dem Eindruck der Industriellen Revolution und deren Auswüchsen im Manchester-Kapitalismus entwickelt. Vor diesem Hintergrund galten ihnen Werte wie Umwelt und Natur vorrangig als wirtschaftliche Faktoren, indem etwa die Ausbeutung von Bodenschätzen in den Vordergrund gerückt wurde. Diese Sichtweise beherrschte auch etliche Veröffentlichungen aus der Zeit vor 1989.⁸² Hinzu trat in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Diskussion um das Spannungsverhältnis zwischen sozialistischem Staatsmodell und moderner, nicht mehr rein ökonomistisch orientierter Betrachtung von Natur.⁸³ Zuvor war diese Frage bereits in der bundesdeutschen Forschung thematisiert worden.⁸⁴ Freilich gelang es der Forschung in keinem der beiden Staaten, das Spannungsverhältnis zwischen Ökologie und Sozialismus überzeugend aufzu-

80 Zu vorwiegend westdeutschen Publikationen bilanzierend Horst Paucke: Chancen für Umweltpolitik und Umweltforschung. Zur Situation in der ehemaligen DDR. Marburg 1994.

81 Herbert Schindler: Graben wir uns selbst das Wasser ab? Umweltprobleme in unserer Zeit. Berlin (Ost) 1979; Adolf Bauer/Horst Paucke: Umweltprobleme – Herausforderung der Menschheit. Berlin (Ost) 1979; Josef Füllenbach: Umweltschutz zwischen Ost und West. Umweltpolitik in Osteuropa und gesamteuropäische Zusammenarbeit. Bonn 1977.

82 Adolf Bauer/Horst Paucke: Zu einigen Prinzipien der Naturnutzung im Sozialismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 25 (1978), S. 1027–1037; Horst Paucke: Karl Marx und Friedrich Engels zum Verhältnis von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und rationeller Naturnutzung (Akademie der Wissenschaften der DDR. Wissenschaftliches Informationszentrum Berlin. Aus dem wissenschaftlichen Leben des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften 23). Berlin (Ost) 1983.

83 Anneliese Griese: Karl Marx und Friedrich Engels über das Verhältnis von Gesellschaft und Natur, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung 26 (1989), S. 70–82; Richard Raatzsch: Traditionsbegriffe in der marxistisch-leninistischen Philosophie und in ausgewählten Einzelwissenschaften. Eine historisch-materialistische Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Beziehung von Natur und Gesellschaft. Halle-Wittenberg 1988.

84 Günther Bachmann: Ökologie und Sozialismus. Eine Einführung in die in den sozialistischen Ländern geführte Diskussion über die ökologischen Perspektiven der Menschheit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 26 (1981), S. 73–91.

lösen. Die bereits 1972 von Hans Reichelt propagierte Bedeutung des Umweltschutzes als wichtigste Maßnahme „zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in den kommenden Jahren“ konnte der Diskussion so wenig Impulse geben wie noch frühere Aussagen der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, „Natur“ komme eine große immaterielle Bedeutung zu und der sorgfältige Umgang mit ihr sei „eine der Voraussetzungen für sein [des Menschen] physisches und psychisches Wohlbefinden“.⁸⁵

Konsequent wurden bereits ab 1973 Mittel etwa für die Rekultivierung von Tagebauten in den Volkswirtschaftsplan eingestellt – nicht zufällig wurde 1973 auch der im Leipziger Westen gelegene Kulkwitzer See, ein seit Mitte der 1960er Jahre gefluteter ehemaliger Braunkohletagebau, zum Naturschutzgebiet erklärt.⁸⁶ Trotzdem räumte Minister Reichelt noch Ende 1980er Jahre der wirtschaftlichen Erschließung von Naturressourcen die gleiche Bedeutung ein wie deren Nutzung als Freizeit- und Erholungsstätten.⁸⁷

Für die deutsche Geschichte ist die Umweltgeschichte trotz ihrer Anfänge bereits in den 1970er Jahren immer noch ein eher randständiges Spezialfach mit nachgeordnetem Stellenwert gegenüber den traditionellen Teildisziplinen und ausgesprochenen Modetrends innerhalb der Historiographie. In besonderem Maße gilt dies für die Umweltgeschichte der DDR. Grundlegende Handbücher wie der einschlägige Band Frank Uekötters in der Enzyklopädie Deutscher Geschichte widmen der DDR nur knappsten Raum.⁸⁸ In Überblickdarstellungen zur DDR-Geschichte wird das Thema nahezu vollständig ausgespart, lediglich Arbeiten zur DDR-Opposition gehen auf die Umweltbewegung ein, allerdings mit einer (Über-)Betonung ihres regimekritischen Charakters unter Vernachlässigung der inhaltlichen Arbeit.⁸⁹ Im Bericht der Enquete-Kommission des 12.

85 Rede des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt zur Woche der sozialistischen Landeskultur 1972, 18. April 1972, in: BArch DK 5/2428, unpag.; Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Landeskultur und Grünland, Gesichtspunkte zur Ausarbeitung von „Richtlinien für eine sozialistische Landeskultur“, 3. Mai 1962, in: SAPMO-BArch DY 27/308, unpag.

86 Referat des Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt zur Beratung des Präsidiums der Kammer für Technik, 21. September 1972, in: BArch DK 5/2428, unpag. Zur Geschichte dieses wichtigen Leipziger Naherholungsgebietes Kulkwitzer See zum 35-jährigen Jubiläum 2008 im Blickpunkt (<http://www.kulkwitzersee.com/35-jaehriges-jubilaeum-kulki-teil01.html>, Abruf: 18. Februar 2013).

87 Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Hans Reichelt, Betriebsspezifische Weisungen zur Durchführung der Aufgaben der Umweltgestaltung und des Umweltschutzes des Volkswirtschaftsplanes 1987 und des Fünfjahresplanes 1986–1990, in: BArch DK 5/2916, unpag.

88 Frank Uekötter: Umweltgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte 81). München 2007, S. 35f.

89 Etwa Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Berlin 1997, S. 445–455. Nathan Stoltzfus: Public space and the dynamics of environmental action. Green protest in the German Democratic Republic, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 385–403, widmet der ökologischen Arbeit mehr Raum, legt den Schwerpunkt

Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ finden sich lediglich im Sachregister drei Lemmata zum Komplex „Umwelt“.⁹⁰ Die Enquete-Kommission des 13. Deutschen Bundestages, deren Arbeit in der Errichtung der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mündete, räumte dem Thema deutlich mehr Raum ein und veröffentlichte in ihrem Abschlussbericht immerhin zwei einschlägige Aufsätze.⁹¹

In jüngerer Zeit angelaufene Forschungen werden in Kürze etliche Lücken in der ostdeutschen Umweltgeschichte füllen. An der Freiburger Albert-Ludwigs-Universität läuft seit einigen Jahren das DFG-Projekt „Und ewig sterben die Wälder. Das deutsche ‚Waldsterben‘ im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik“. Hier interessiert insbesondere die Teilstudie „Hinter vorgehaltener Hand. Debatten über Wald und Umwelt in der DDR“, die von Tobias Huff bearbeitet wird. An der Berliner Humboldt-Universität besteht, ebenfalls von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert, seit 2010 das Vorhaben „Vom Natur- zum Umweltschutz. Zivilgesellschaftliches Engagement und der Wandel der Naturschutzbewegung in Ost- und West-Berlin 1945–1989“ unter Leitung von Astrid Mignon Kirchhof. Aus diesem Projekt ist im Wintersemester 2012/13 das „Berlin-Brandenburgische Colloquium für Umweltgeschichte“ hervorgegangen.

Diese Aktivitäten wie auch verschiedene Fachtagungen lassen erwarten, dass „die immer noch von einem schemenhaften Schwarz-Weiß-Denken“ bestimmte Diskussion um Umweltschutz in der DDR versachlicht wird.⁹² Gleichzeitig dürften die Ergebnisse die bei weitem noch nicht abschließend erforschte Geschichte der DDR um eine wichtige Facette bereichern.

aber ebenfalls auf den dissidenten Charakter der Gruppe, wie dies auch für die Schilderung des ehemaligen Umweltaktivisten Carlo Jordan: Ökologiebewegung und Grüne im Osten, in: Gerda Haufe/Karl Bruckmeier (Hg.): Die Bürgerbewegung in der DDR und in den ostdeutschen Ländern. Opladen 1993, S. 240–260, gilt.

90 Umweltbibliothek, Umweltgruppe, Umweltpolitik bzw. -probleme. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode). Hg. vom Deutschen Bundestag. 9: Formen und Ziele der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland. Baden-Baden 1995, S. 843.

91 Michael Beleites: Konspirative Abschirmung der Umweltschäden durch die SED-Führung; Emanuel Heinisch: Geheimhaltung von Umweltdaten und Abschirmung von Umweltschäden durch das MfS und die SED-Führung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode). Hg. vom Deutschen Bundestag III/1. Baden-Baden 1999, S. 593–596. Die Kurzfassung des Abschlussberichts der Enquete auch online, in: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/110/1311000.pdf> (Abruf: 11. Juni 2013). Gesetz über die Errichtung der Stiftung Aufarbeitung, in: <http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/errichtungsgesetz-1081.html> (Abruf: 11. Juni 2013).

92 <http://www.waldsterben.uni-freiburg.de/projekt/teilstudie-4> (Abruf: 18. Februar 2013).